

Die Notstandseingaben an den Bundesrat

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **12 (1917)**

Heft 9

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zu gewähren. Die Firma leistet doch stillschweigend den von der Kriegssteuerkommission sehr hoch angesetzten Betrag. (Man sagt von 30,000 Fr.)"

Ob die Firma alles redlich versteuert, was sie aus der Arbeitskraft dieser Frauen herausgeschunden? Fünf Rappen Lohnerhöhung pro Stunde und dann noch den Regierungsrat anrufen, — was jagst Du, Leserin, hierzu? Wie weit die schärferen Maßnahmen gehen sollen, wollen wir abwarten. Daß ernst gemacht wird ist sicher, aber ja nicht etwa des Lohnes wegen. Die Angst hat sie auf die Beine gebracht. Die Angst vor der roten Flut. Hören wir ihr eigenes Eingeständnis:

„Wenn man verhüten will, daß die sozialistische Bewegung sich breit macht, dann muß schon anders gehandelt werden. Auch die Leitung eines Arbeiterinnenvereins hat ein Interesse daran, daß würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden durch die Gewerkschaft.“

So „Die Arbeiterin“. Nun aber versteigt sich die obgenannte Firma zu noch schändlicherem Tun. Darüber berichtet wiederum das ehemals Lammfromme Blatt:

„Etwas sehr Unerfreuliches müssen wir an dieser Stelle auch bemerken. In Golsbau ist ein Marienheim gegründet worden. Das ist ja sehr schön. Aber man sagt, daß die Geschäftsleitung der Glühlampenfabrik auch daran beteiligt sei. Und nun gedenkt man fremde Arbeiterinnen herankommen zu lassen. Da man heute nicht so gut Italienerinnen erhalten kann, will man es mit Tessinerinnen versuchen. Also, weil die einheimischen Arbeiterinnen einen anständigen, auskömmlichen Lohn fordern, will man einfach fremde, billige Arbeitskräfte kommen lassen, um dann die einheimischen wohl auf die Straße zu stellen. In anständigen Bedingungen erhält das Geschäft genügend Leute. Anstatt unwürdige Verhältnisse abzuschaffen, wäre also dieses Heim behilflich, daß diese ungerechten Zustände weiter bestehen. Ist das christlich, entspricht dies der Enzyklika Rerum Novarum? Es ist den Insassen des Marienheims unterzagt worden, eine Gewerkschaftsversammlung zu besuchen, die doch einzig das Wohl der Arbeiterschaft dieses Betriebes im Auge haben. Hier würde eine böse Saat gestreut und die letzten Dinge könnten dann ärger werden als die ersten.“

Doch damit gibt sich die christliche Zeitung noch nicht zufrieden. Sie wird kampfeslustig, auch den Männern gegenüber. Ganz gehörig leuchtet sie ihnen heim:

„Der Krieg wird noch manche Neuerung auf allen Gebieten bringen. Wer übrigens ruhig zuschaut, wie es in unsern Männerparlamenten, die Bundesversammlung nicht ausgenommen, oft hergeht, wird vor dem Frauenstimmrecht keine Gänsehaut bekommen. Schlimmer könnte es auf keinen Fall werden!“

Recht so! Nur sollten die christlichen Schwestern ganze Arbeit machen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Das aber können sie nie und nimmer. Sonst müßten sie direkt hineinschwenken in das von ihnen so sehr gefürchtete und bekämpfte rote Lager. Was eigentlich im Grunde doch das vernünftigste wäre. Seißt es doch auch für sie: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

G. H.

Die Notstandseingaben an den Bundesrat.

Das Schweiz. Arbeiterinnensekretariat hat am 4. August im Auftrag der Frauenkonferenzen von Rorschach, St. Gallen, Viberist und Arbon eine Eingabe an die oberste Landesbehörde gerichtet. Die einzelnen Forderungen decken sich im allgemeinen mit den Anträgen, die in der Eingabe des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 11. August dem Bundesrat eingereicht wurden. Diese verlangen die Verhinderung jedes weiteren Preisaufschlages der Milch, die Rationierung der Butter und der Ansetzung mäßiger Höchstpreise; die Festsetzung der Brot ration auf 500 Gramm per Tag und Kopf für erwachsene Arbeiter und der Kinder über 12 Jahren; die Versorgung

Zur Friedensdemonstration! Arbeiterfrauen und -mädchen, Mütter, auf, Sonntag, den 2. September zur Demonstration gegen

der Arbeiter mit Kartoffeln, Höchstpreise für letztere und für Obst sowie Verbot der Obstausfuhr; Höchstpreise für Fleisch und Fett, Rationierung und Abgabe zu verbilligten Preisen an die Notleidenden; Einföhrung des Viehhandels- und Kohlenmonopols. Ermäßigte Höchstpreise auf Kohlen, Holz und Torf und Rationierung dieser Produkte. Erhöhung der Wehrmannsunterstützung und der Einkommensgrenzen; Subventionierung der Arbeitslosenklassen; strenge Maßnahmen gegen die Gamsterei und die Spekulation mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln; Einföhrung des Produktionszwanges für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Einsetzung einer ständigen, zur Hälfte aus Arbeitervertretern bestehenden Notstands kommission durch den Bund.

Ein Hungersehrei.

Dem Arbeiterinnensekretariat ist am 16. August von einer Stickersfrau L. aus G. im Kanton St. Gallen folgender Brief zugegangen:

„Danke Ihnen sehr für die Eingabe an den Bundesrat. Wir hatten es ja schon schlecht vor dem Kriege. Es wäre höchste Zeit, daß auch für die Spezialware (An den Rändern mit Monogrammen und Blumengewinden und anderen Verzierungen bestickte Taschentücher, Kragen für Blusen, Sackettes, Mäntel usw. Die Red.) mehr bezahlt würde. Seit man Minimallöhne hat auf gewöhnliche Ware in der Handstickerei, erhalten wir fast keine Lang- und Bandware mehr. Dafür Spezialware um einen Hungerlohn und dann hat man noch die halbe Zeit gar keine Arbeit.“

Wir müssen 13 Stunden im Tag arbeiten, der Mann und ich. Ich muß den ganzen Tag bei der Stickmaschine sein und sädeln. Wenn wir meinen, wir haben vier Franken verdient, so geht fast die Hälfte ab für Nahrung und Abzug (wegen angeblich fehlerhafter Leistung). Dann soll man noch einen großen Maschinen- und Lokalzins zahlen. Die Herren glauben wohl, mit einem solchen Verdienst könnte man lauter billige Lebensmittel beziehen. In der Stadt St. Gallen hat eine kleine Familie mit 7 Franken Tagesverdienst und beständiger Arbeit mehr billiges Brot und Milch als wir. Spezereien erhalten wir keine billigen, nichts als anderthalb Liter Milch per Tag und zehn Brote im Monat für drei Personen. Wir haben noch ein zehnjähriges Mädchen. Für dreimal Kaffee langt die Milch nicht. Mais 300 Gramm pro Kopf im Monat, Reis 200 Gramm, muß man im Wasser kochen. Butter bekommt man keine auf dem Lande und das Kochfett auch fast nicht um 2 Fr. 90 das Pfund. Ungeschmalzene Speisen sind aber nicht für den Hunger. Sonst haben wir nichts. Kartoffeln kann ich auch keine kaufen per Pfund zu 18 Rp. Die Geld genug haben, können zentnerweise für 9 Rp. kaufen. Die Behörde meint, ein Kind sollte man erhalten können. Sie müßten denen helfen, die mehr Kinder haben. Der Pfarrer meint das gleiche, oder wir müßten halt ins Armenhaus oder eine andere Arbeit tun. Der Mann bekommt aber keine andere Arbeit. Er ist zu alt und schwach, bald sechzig Jahre alt, und ich bald fünfzig. Wir sind beide organisiert. An einer Frauenkonferenz bin ich auch schon gewesen, aber jetzt ist es mir leider nicht mehr möglich, sie zu besuchen. Wir leiden alle sehr am Schwindel. Letzten Winter war ich stark krank und mußte sechs Wochen das Bett hüten. Jetzt sollten wir noch den Arzt bezahlen und wissen nicht wie. Der Arzt sagt, wir leiden sehr an Unterernährung.“

Das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich.

Die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates hat durch Genosse Herman Greulich folgende Motion mit siebzig Unterschriften einreichen lassen:

Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und An-